

Ich möchte Euch alle begrüßen und Euch danken, dass Ihr heute hier seid.

Der Anlass ist traurig. Wir wollen heute zusammen der Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrund“ gedenken.

Neun Menschen wurden ermordet. Wegen ihres Namens, ihres Aussehens – weil sie für die Rassist_innen nicht hierher gehörten.

Sie wurden von einer Nazi-Gruppe umgebracht, die 13 Jahre lang unbemerkt durch die Republik ziehen und ihre rassistischen Morde begehen konnte. Während all dieser Zeit waren sich Polizei und Verfassungsschutz sicher, dass es sich nicht um rassistische Taten handeln könnte. Stattdessen wurden die Familien und Freund_innen der Angeklagten bis zur Unerträglichkeit mit angeblichen Verstrickungen der Verstorbenen in mafiöse Geschäfte und Drogenhandel gedemütigt. Angehörige wurden selber verdächtigt und zum Teil schwer traumatisiert.

Zu solchen Morden seien die deutschen Neonazis nicht in der Lage, wurde gar gesagt. Als wüssten wir alle nicht seit etwa 70 Jahren sehr genau, zu was Nazis in der Lage sind.

Wo jetzt Stück für Stück die Täter_innen und ihre Verstrickungen an die Öffentlichkeit kommen, ist der Schreck groß. Man ist „geschockt, betroffen“, es ist „eine Schande für Deutschland“ und so weiter.

Es ist kaum 20 Jahre her, als in Deutschland die ersten Wohnhäuser von Migrant_innen und Unterkünfte von Asylbewerber_innen brannten. Auf „Wir sind das Volk“ folgte „Wir sind ein Volk“ und darauf „Deutschland den Deutschen“.

Weil das Brandschatzen seitdem weniger geworden ist, sind die Nazis in diesem Land nicht weniger geworden. Sie haben neue Organisationsformen entdeckt, arbeiten lokaler und betreiben aktive Parteiarbeit. In manchen Regionen dominieren sie die politische Kultur, die Jugendzentren, die Straßen.

Und anstatt Gegenwind zu bekommen, wurden ihre Taten verharmlost und politisch instrumentalisiert. Die Pogrome der 90er Jahre waren die mörderische Begleitung zu einer rassistischen Kampagne gegen Asylbewerber_innen, die von fast allen Parteien getragen wurde und bis heute nachwirkt.

Das Grundrecht auf Asyl wurde quasi abgeschafft. Wer heute Zuflucht in Europa sucht, begibt sich in Lebensgefahr.

Seit Jahren warnen Menschen vor der Verankerung der ganz Rechten und vor dem braunen Bodensatz, der sie trägt. Doch diese Warnungen werden nur selten ernst genommen. Es sind oft nur wenige, die sich den Nazis in den Weg stellen. Lieber wird verharmlost, auch Nazis müssten doch ihr demokratisches Recht bekommen und allzugern werden die Antifaschist_innen selber an den Pranger gestellt. Verstärkt seit Kristina Schröders Amtsantritt wird alle Aktivität links der SPD unter Extremismusverdacht gestellt. Linksextreme sollen all diejenigen sein, die sich Nazis in den Weg stellen und setzen, die dafür von der Polizei die Fresse poliert kriegen, weil sie sich nicht an die angeblich demokratischen Spielregeln halten. Linksextreme sollen auch viele sein,

die heute hier stehen und die Opfer der Nazis und die mörderische Geschichte dieses Landes nicht vergessen wollen, weil sie nicht vergessen werden darf.

Viele Bremer_innen dürften sich noch an die Polizeiarmee erinnern, die im April den NPD-Marsch durch die Neustadt geprügelt hat. Rechtfertigung waren auch hier angebliche Gewalttäter_innen.

Die Geschichte von der Mitte und den extremen Rändern ist eine Lüge. Es gibt sie nicht, diese gute demokratische Mitte und die Extremist_innen am Rand. Es gibt keine Rechtsextremist_innen, es gibt Nazis. Egal ob alte oder junge, sie haben die gleiche wahnhaftige Idee von einem durch und durch autoritären Staat und einer rein weißen Gesellschaft.

Wenn mit angeblicher Gewaltbereitschaft links und rechts gleichgesetzt werden sollen, ist das purer Hohn. Nazis sind gewaltbereit, ohne Frage – ihre ganze Vorstellung von Welt ist Gewalt, Rassenkrieg, Märtyrertum für Volk und Vaterland.

Wer darüber hinaus Horte von menschenfeindlicher Gewalt in diesem Land sucht, wird sicher nicht bei Linken fündig werden. Stattdessen müssten Schützenfeste und Fußballspiele verboten und Ehemänner unter verstärkte Beobachtung gestellt werden.

Wer von Extremismus redet, will sich selbst zur Norm erheben. Dabei sollten wir uns gerade diese Mitte genauer anschauen.

In der Mitte der Gesellschaft sind menschenfeindliche Einstellungen tief verankert, heißt es seit Jahren in verschiedenen Studien von Wilhelm Heitmeyer, der Friedrich-Ebert-Stiftung und anderen. Als Günter Jauch im Fernsehen den Nazi-Aussteiger Manuel Bauer nach Sympathisanten in Polizei und VS fragte, antwortete dieser:

„Wir haben von Polizeiangehörigen, die wir auch kannten, die Informationen bekommen, wann und wo ihre Kollegen Streife fahren. [...] Man kannte sich halt. Da war eine bestimmte Sympathie da. Das sind auch bloß Menschen, und das, was wir vertreten haben, haben die ja auch so empfunden.“

Ja, so wird sich hier demokratisch betätigt, aber innendrin sind viele halt auch nur Menschen, was hier offenbar Rassisten heißen soll. Da wundert's ja dann auch nicht, wenn Herr Sarrazin so viel Zuspruch bekommt. Da darf man endlich mal wieder richtig Mensch sein.

Und wundert das wirklich? Werfen wir doch mal einen Blick auf die Sicherheitsorgane, die ja angeblich so kläglich versagt haben, vor allem in ihre Geschichte.

Polizei, BND und Verfassungsschutz wurden mit Mann und Maus aus dem Nazistaat übernommen. Fast alle NS-Polizisten blieben im Amt. Den BND und den Verfassungsschutz gründeten und besetzten Beamte des Reichshauptsicherheitsamtes, der Gestapo und der Organisation Fremde Heere Ost.

Das ist zwar lange her, aber so lange auch nicht. Die letzten Gründer waren noch in den Achtzigern in ihren Ämtern. Was heute da sitzt, wurde von ihnen geschult. Der Geist der Gründer weht durch alle Flure.

Willkommen in Deutschland.

Und jetzt sind es zum Teil die gleichen Gesichter, aus denen es noch vor wenigen Monaten schallte: „Multikulti ist tot.“ Und: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“, die plötzlich etwas tun wollen gegen Rechts oder am liebsten gleich gegen jeden Extremismus.

Die Maßnahmen sind wohl bekannt: Einschränkung des Versammlungsrechts, mehr Rechte für Polizei und Verfassungsschutz, mehr Überwachung.

Als Anders Breivik in Norwegen mehr als 90 Menschen ermordete, sagte der norwegische Ministerpräsident Stoltenberg: „Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“

Hier fehlen die Stimmen, die sagen: Am besten bekämpft man Nazis mit einem klaren Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft.

Um Rassismus einzudämmen, sorgen wir endlich für gleiche Rechte für Alle und verbessern die unwürdigen Bedingungen, in denen Flüchtlinge leben müssen. Sorgen dafür, dass die vielen Eingewanderten und ihre Nachkommen gleichberechtigte Teilhabe bekommen.

Weil wir aus den schrecklichen Ereignissen der letzten 20 Jahre gelernt haben, führen wir das uneingeschränkte Recht auf Asyl wieder ein.

Um Nazis zu bekämpfen, unterstützen wir antifaschistische und zivilgesellschaftliche Gruppen, die diesen Kampf schon lange und an der Basis führen.

Doch natürlich geht es in eine völlig andere Richtung.

Und während dieser Tage hören wir von einem Mob, der in Turin die Unterkünfte von Roma überfallen und angezündet hat. Und drei Tage später erschießt ein italienischer Nazi die Straßenhändler Samb Modou und Diop Mor.

Um dieser Gewalt gemeinsam etwas entgegen zu setzen, sind wir heute hier. Wir stehen für einen Antifaschismus von Unten, der sich nicht von staatlichen Programmen abhängig macht, sondern selbst aktiv wird.

Einen Antifaschismus, der nicht ein besseres Deutschland will, sondern eine Welt ohne Grenzen und ohne Ausbeutung, in der die Menschen frei und nach ihren Bedürfnissen leben können.

Doch vor allem sind wir hier, um der Opfer rechter Gewalt zu gedenken. Deshalb wollen wir an dieser Stelle inne halten und den über 180 Menschen, die seit 1990 in Deutschland ermordet wurden, einen Namen geben.